

geeignetes Mittel. Als erstes ist dabei an eine Verlängerung der Ausbildungszeit zu denken. Ein frühzeitigeres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben durch Herabsetzung der Altersgrenze wäre anzustreben. Geeignet ist ferner die verstärkte Ermöglichung von Teilzeitarbeit. Diese Maßnahmen fallen vorrangig in den Verantwortungsbereich des Staates. Andere, Urlaubsverlängerungen, Überstundenregelungen und schließlich unter Umständen die Verringerung der Wochenarbeitszeit, sind Gegenstand tarifvertraglicher Vereinbarungen.

Grundsätzlich sind weitere Arbeitszeitverkürzungen ökonomisch genauso gut möglich wie die Arbeitszeitverkürzungen der Vergangenheit. Ein großer Teil der Maßnahmen kann flexibel den Gegebenheiten der einzelnen Branchen angepaßt werden, um dann unerwünschte Schwierigkeiten zu vermeiden. Vor allem das 10. Schuljahr würde die öffentlichen Haushalte belasten, aber dies ist vertretbar, bei richtiger Prioritätensetzung. Gesamtwirtschaftlich sind die Arbeitszeitverkürzungen immer billiger als die Zahlung von Arbeitslosengeld und die Beseitigung anderer Folgeerscheinungen.

F.D.P.: Wirtschaftliche Vernunft ist notwendig

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Abgeordnete Wolfram Dorn:

Die Realisierung einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung, etwa durch eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit oder durch Verlängerung des Jahresurlaubs oder durch Verbot von Überstunden, erweist sich bei näherer Betrachtung als äußerst schwierig und problematisch. Die Verkürzung der Arbeitszeit zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit erscheint auf den ersten Blick verlockend. Fünf Prozent Arbeitslose könnten rein rechnerisch durch eine Arbeitszeitverkürzung um fünf Prozent beschäftigt werden. Solche Berechnungen setzen zu ihrer Verwirklichung eine totale Mobilität und Verfügbarkeit der Arbeitskräfte voraus. Eine Voraussetzung, die nicht realisierbar ist. Derartige Berechnungen berücksichtigen auch nicht die Voraussetzungen für den konjunkturellen Wiederaufschwung.

Die gleichmäßigere Verteilung der vorhandenen Arbeitszeit schließt natürlich auch eine gleichmäßigere Verteilung des vorhandenen „Lohnfonds“ ein. Hier beginnen aber auch gleichzeitig erhebliche tarifpolitische Probleme.

Zudem erhebt sich die Frage, ob eine gleichmäßigere Arbeitszeitverteilung nicht zu erheblich höheren Kosten für die Wirtschaft führen würde.

Es ist auch undenkbar, daß die öffentliche Hand mit ihren sehr knappen Haushaltsmitteln ein solches Experiment finanzieren kann und darf.

Die F.D.P. lehnt eine Verkürzung der Arbeitszeit zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen als Lösung kurz- und mittelfristiger konjunktureller Probleme ab, weil dadurch auf absehbare Zeit die Problematik nicht gelöst wird und dies weder im Interesse des Arbeitnehmers noch in der Zielsetzung einer vernünftigen Entwicklung der Volkswirtschaft liegt.

Porträt der Woche

Koketterie mit ihrem Status als jüngste Abgeordnete im Düsseldorfer Landtag ist der inzwischen 28-jährigen Silke Gerigk-Groht fremd. Manierierte Attitüden hat sie nicht nötig, denn als sie nach dem 4. Mai 1975 für die F.D.P. in das Parlament einzog, da hatte sie — die Behauptung sei gewagt — bereits innerhalb ihrer Partei mehr bewegt, als viele ihrer älteren Kollegen: das F.D.P.-Kirchenpapier, das wegen seiner radikalen Forderung nach strikter Trennung von Kirche und Staat monatelang Stoff für politische wie publizistische Kontroversen geliefert und angeblich sogar den Ausgang der bayerischen Landtagswahl mitbeeinflusst hatte, war im wesentlichen von ihr erdacht und geschrieben worden.

Der gleichsam kometenhafte Aufstieg dieses Papiers von Jungdemokraten-Konferenzen über die F.D.P.-Bundeskommission bis zur Verabschiedung auf dem Bundesparteitag 1974 verdeutlichte, wie entscheidend eine politische Nachwuchsorganisation auf die „Mutterpartei“ Einfluß nehmen kann — zwingende Konzeptionen vorausgesetzt.

Spricht man sie heute wieder auf diesen Erfolg an, dann winkt die blonde Hauptschullehrerin ab: „Man kann sich nun doch nicht dauernd darauf ausruhen.“ Getreu dieser Devise ging sie im ersten Jahr ihrer Parlamentszugehörigkeit gleich in die vollen und hat somit wesentlichen Anteil daran, daß die jetzige F.D.P.-Fraktion quantitativ aber auch qualitativ die liberale Riege der letzten Legislaturperiode übertrifft.

Mit klug durchdachten Beiträgen in Plenardebatten vor allem zum General- und Dauerthema Schule verstärkte sie effizient die Koalitionshalbanx in der bildungspolitischen Kontroverse mit der CDU-Opposition. Gleichwohl machte sie auch dem sozialdemokratischen Kultusminister Girgensohn mit einer ausgefeilten Großen Anfrage zu schaffen, „um ihn zu zwingen, endlich vernünftige Daten über die Situation der Gesamtschule auf den Tisch zu legen“.

Daß sie bei allem sozial-liberalen Engagement vor Konflikten in der



Silke Gerigk-Groht (F.D.P.)

Koalition nicht zurückscheut, stellte sie erst dieser Tage wieder unter Beweis. Mit harter öffentlicher Kritik zog sie gegen ihrer Meinung nach nicht finanzierbare SPD-Vorstellungen zur Einführung des 10. Pflichtschuljahres und der generellen Berufsbildungspflicht zu Felde.

Kritik an ihrer eigenen Partei kommt in dem Wunsch der attraktiven Liberalen zum Vorschein, im Landtagsplenum einmal eine grundlegende Rede zur Wirtschaftspolitik zu halten. „Da hat die F.D.P. noch Nachholbedarf.“ Gegenüber dem SPD-Koalitionspartner habe die Partei beim Ehescheidungsrecht, der Problematik des Paragraphen 218, der Auseinandersetzung um die Radikalenfrage und in der Rechtspolitik stets „klassische liberale Positionen gehalten“. Demgegenüber laufe die F.D.P. in der Wirtschaftspolitik „unter dem Druck der Profilierung und dem Zwang, sich die Legitimation der Eigenständigkeit zuzulegen, Gefahr, ihre kritischen Positionen zu vergessen“.

Die von fast allen Parteien und Politikern beanspruchte „Mitte“ sei kein Selbstzweck. „Mit Schublade links, rechts, Mitte ist es nicht zu machen.“ Ein Liberaler müsse sich stets fragen, welches Instrumentarium für welches Ziel das richtige sei, „nicht aber, ob es in eine Schublade paßt“ — und sei es die mittlere. Welche Parteifreunde die vielfach als „links“ geltende Jungabgeordnete meint, sagt sie nicht; man kann es aber erraten. Und denen hält Frau Gerigk-Groht den Vorteil der kleinen F.D.P., die nicht Volkspartei sein will und kann, vor Augen: „Ein kritisches Potential in der Bevölkerung ansprechen; 90 Prozent vor den Kopf stoßen, aber die restlichen zehn Prozent hinter sich bringen.“

Christoph Lütgert